

PERSÖNLICH

«Auch kleine Filme sollen ihre Chance haben»

Ivo Kummer – der neue Filmchef im Bundesamt für Kultur

Der Name Ivo Kummer schien untrennbar mit den Solothurner Filmtagen verbunden. Jetzt hat er die Fronten gewechselt und ist neuer Filmchef beim Bund. Im Clinch um Vielfalt und Erfolgsorientierung bei der Filmförderung steht er für Ersteres ein.

Martin Senti

Nun hat er die Stelle als neuer Sektionschef Film im Bundesamt für Kultur (BAK) angetreten – auf den 1. Juli schon, also einen Monat früher als geplant. Eigentlich aber ist Ivo Kummer längst schon mitten drin im Gerangel um die künftige Filmförderstrategie des Bundes. Als langjähriger Direktor der Solothurner Filmtage, aber auch als Filmemacher und Produzent kennt er die Branche sehr gut: «Ich habe fast alle Generationen der Filmschaffenden und ihre Werke kennengelernt und weiss daher relativ viel über die Befindlichkeiten in der Filmszene Schweiz», sagt er. Mit dem Innenleben der Bundesverwaltung dagegen wird sich der Solothurner noch vertraut machen müssen. Die Zeit drängt, und Departementschef Didier Burkhalter will das überfällige Förderkonzept bis Ende Jahr verabschieden.

Sprachrohr der Opponenten

Die Ansprüche der individualisierten, aber gleichwohl stark vernetzten Filmszene klaffen weit auseinander: Soll die Förderung enger an den kommerziellen und künstlerischen Erfolg geknüpft werden, oder muss der Bund guthelvetisch für möglichst grosse Vielfalt sorgen – soll die Filmförderung also mit dem Schlauch oder mit der Giesskanne erfolgen? Der geräuschvoll zurückgetretene vormalige Filmchef Nicolas Bideau war ein Verfechter der Erfolgsorientierung. Sein Nachfolger Ivo Kummer dagegen hatte sich gewissermassen als Sprachrohr der heterogenen Opponenten Bideaus profiliert: «Ich würde es schade finden, wenn man die erfolgsorientierte Förderung auf Kosten der selektiven Förderung ausbauen würde», dafür steht Kummer immer noch ein.

Den Begriff «Giesskanne» erachtet er allerdings als undifferenziert: «Der Bund unterstützt bloss 20 Prozent der eingereichten Gesuche», erklärt er, «mir geht es darum, dass neben den grossen Budgets – die übrigens auch zur Vielfalt beitragen – auch Filme mit kleineren Budgets ihre Chance haben sollten, wenn die Projekte überzeugen.» Kummer zeigt aber durchaus Verständ-



«Rahmenbedingungen schaffen, dass Kreative kreativ sein können», lautet das Credo von Ivo Kummer.

CHRISTIAN BEUTLER / NZF

nis für die jüngere Generation von Produzenten und Erfolgsfilmern, die eine professionellere, konzentriertere und weniger kumpelhafte Förderpolitik einfordern. «Sie wünschen sich direkte Ansprechpartner und klare Verantwortlichkeiten, das ist legitim.» Letztlich gehe es um eine ideologische Frage, sinniert Kummer: «Die einen wollen mehr Demokratie, die anderen möchten eher in Richtung Intendanz gehen.»

Es gehe nun in erster Linie darum, den Dialog mit allen zu suchen und die Branche stärker in die Verantwortung einzubinden, sagt Kummer. Über Bideau will er nicht mehr herziehen, das zieme sich nicht. Er lobt seinen Vorgänger vielmehr dafür, dass er die Filmpolitik wieder sichtbar gemacht habe. Es sei zudem der Wunsch des damaligen Departementschefs Pascal Couchepin gewesen, dass die Filmpolitik eine gewisse «editoriale Linie» vorgebe. Didier Burkhalter stehe explizit für eine andere Linie ein, erklärt Kummer: «Die Filmpolitik muss nicht Filme machen, sie muss Rahmenbedingungen schaffen, dass Kreative kreativ sein können.» Gerade über diese Rahmenbedingungen dürfte aber noch heftig gestritten werden. Es geht um transparentere För-

derkriterien, um die Professionalität der Fördergremien, aber auch um allfällige Alternativszenarien – etwa die Auslagerung der Filmförderung in eine Filmstiftung. «All das muss ernsthaft diskutiert werden», sagt Kummer, «und dann muss man politisch entscheiden.»

Kritiker in die Pflicht nehmen

Ivo Kummer ist ein erklärter Fan des Arthouse-Kinos, des typischen Studiokinos und des Autorenfilms, wie er sagt. Seit den achtziger Jahren ist er selber als Filmemacher tätig – in seinem Erstling (gedreht zusammen mit Christian Frei) begleitete er unter dem Titel «Fortfahren» den Auszug des Solothurner Bildhauers Schang Hutter aus seinem damaligen Atelier. In seinem jüngsten Werk, «The Prison and the Priest» (2009), hat er zusammen mit Armin Menzi den St. Galler Benediktiner Peter Meienberg (den Bruder des Journalisten und Schriftstellers Niklaus Meienberg) porträtiert. Er habe sich nie als Filmautor etablieren wollen, sagt Kummer: «Als Produzent habe ich aber einigen Spielfilmen auf die Leinwand geholfen.»

Damit ist nun vorderhand Schluss, was Kummer natürlich bedauert. Seine

Produktionsfirma Insertfilm habe er mit Wehmut abgegeben: «Es ist wie ein Kind, das man in andere Hände gibt.» Nun gebietet der 52-jährige Vater zweier erwachsener Töchter also in der kleinen Sektion Film über acht Mitarbeiter (inklusive Praktikantin), bei 720 Stellenprozenten. Kummer macht einen sehr umgänglichen Eindruck, er gilt nicht als Blender oder Selbstdarsteller. Das dürfte ihm bei seiner neuen Aufgabe zugutekommen – diese versteht er denn auch integrativ: «Ich werde auch die Kritiker in die Pflicht nehmen.»

Kummer stammt aus streng katholischen Verhältnissen; aus der Stiftsschule Engelberg sei er allerdings «aus disziplinarischen Gründen herausgeflogen», wie er sagt. Und doch war es gerade die Stiftsschule, die ihm zu einem Schlüsselerelebnis in Sachen Film verholfen hat: Ein Lehrer hat damals den Film «if...» des Briten Lindsay Anderson aus dem Jahr 1968 vorgeführt. Dieses filmische Schuldrama habe zu wahren Tumulten im Theatersaal der Stiftsschule geführt. «Wir jüngeren Schüler wurden aus dem Saal geholt und mussten im oberen Stock beten gehen. Da habe ich zum ersten Mal das gesellschaftspolitische Potenzial des Mediums Film gespürt.»

Steuerfuss ist Parlamentssache

Änderung für Tessiner Gemeinden

Bisher hatten die Exekutiven der Tessiner Gemeinden als einzige in der Schweiz den Steuerfuss selber festgelegt. Ein Gericht hat dem ein Ende gesetzt, und der Grosse Rat hat nachgezogen.

Peter Jankovsky, Locarno

«Il Guastafeste», zu Deutsch «Störenfried», so nennt sich die politische Bewegung des Tessiner Journalisten Giorgio Ghiringhelli. Und tatsächlich funkt sie mit Initiativen und Rekursen vor allem den Tessiner Institutionen dazwischen. Zuletzt sorgte Ghiringhelli für Aufsehen, als er im Mai genügend Unterschriften zusammengebracht hatte, um eine kantonale Abstimmung über ein Burkaverbot zu erzwingen.

Davor hatte der Guastafeste-Chef einen Sieg vor dem Kadi errungen. Im Februar gab das Tessiner Verwaltungsgericht zwei Rekursen von ihm statt, mit denen er gegen die Höhe des Steuerfusses der Jahre 2007 und 2008 in seiner Wohngemeinde Losone protestierte. Die Richter sahen sich sogar zu einer Grundsatzentscheidung veranlasst: Sie befanden, dass die Befugnis der Gemeindeexekutiven, den Steuerfuss nach eigenem Ermessen zu bestimmen, nicht mit der Bundesverfassung vereinbar sei – ein solcher Freiraum erschien ihnen zu weit und undemokratisch.

Dringlicher Erlass

Damit setzten die Richter die Anpassung an die übliche schweizerische Praxis in Gang. In der Regel werde der Steuerfuss durch das Gemeindeparlament oder die Gemeindeversammlung bestimmt, allenfalls unter Vorbehalt des fakultativen oder obligatorischen Referendums, erklärt Walter Moser von der Konferenz der Kantonsregierungen. Somit stellt das bisherige Tessiner System ein schweizweites Unikum dar.

Um die Anpassung zu vollziehen, ist eine Änderung des kantonalen Gemeindegesetzes vonnöten. In diesem ist seit 1950 besagtes Sonderrecht der Exekutiven verankert. Der kantonale Justizdirektor Norman Gobbi bezeichnet die Änderung als «klaren Mentalitätswechsel». Dafür spricht auch die überraschende Mehrheit von 70 Ja-Stimmen, mit der das 90-köpfige Parlament des Südkantons kürzlich einen dringlichen Erlass verabschiedet hat: Die Legislative jeder Tessiner Gemeinde soll den Steuerfuss schon für das laufende Jahr 2011 festlegen können. Dieses Provisorium wird nächsten Frühling durch eine detaillierte Gesetzesänderung ersetzt.

Sonderrecht ohne Probleme

Es stellt sich die Frage, warum fast 60 Jahre lang niemand das Sonderrecht der Exekutiven anzweifelte. Es habe bisher keine Probleme gegeben, weil die Gemeindeoberen den Steuerfuss meist mit viel Bedacht festgelegt hätten, sagt Francesco Catenazzi vom Tessiner Justizdepartement. Laut dem Amtsleiter läuft die Bestimmung des Steuerfusses im Rahmen des provisorischen Dekrets, in dem das Referendum noch nicht vorgesehen ist, folgendermassen ab: Die Exekutive präsentiert einen Vorschlag, und das Gemeindeparlament befindet darüber aufgrund einer Beurteilung der kommunalen Geschäftsprüfungskommission. Diese kann einen Gegenvorschlag einbringen, und das gleiche Recht haben die Gemeindeparlamentarier, wobei deren Anträge vor der endgültigen Abstimmung ebenfalls von der Kommission geprüft werden.

Die Exekutiven verlieren also die Hoheit über den Steuerfuss. Allerdings war die Legislative bisher nicht ganz machtlos: Indem sie das jeweilige Budget annahm oder ablehnte, befanden die Gemeindeparlamente indirekt auch über den Steuerfuss; darin sind sich Catenazzi und Moser einig. Aber dank der Anpassung kann das Tessiner der Demokratie nun mehr Genüge tun.

IN KÜRZE

Initiative zur Bundesratswahl im Ziel (sda) · Die Initiative der SVP für die Volkswahl des Bundesrats soll am nächsten Donnerstag mit 110 222 beglaubigten Unterschriften eingereicht werden. Die SVP hätte bis am 26. Juli Zeit gehabt, die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenzubringen.

Erneuerte Sempacher Schlachtfeier (sda) · Sempach hat am Sonntag des Siegesgedächtnisses gedacht, den ein eidgenössischer Kriegerhaufen 1386 über ein habsburgisches Ritterheer errungen hatte. Der traditionelle Marsch auf das Schlachtfeld wurde erstmals durch ein Mittelalterfest ersetzt. Am ökumenischen Gedenkgottesdienst wurde an die heutigen Schlachtfelder erinnert. Bundesrätin Doris Leuthard deutete die Schlacht von Sempach als Zeitenwende. Die Eidgenossen hätten Vertrauen gewonnen in ihre politische Gestaltungskraft.

Gay Pride in Genf (sda) · Über 1000 Personen haben am Samstag am Auftakt der Gay Pride in Genf teilgenommen, der ersten Manifestation dieser Art in der Westschweiz seit

2008. Vertreter von Organisationen der Schwulen und Lesbierinnen forderten, der Bund solle ein Gesetz gegen Diskriminierung erlassen und homosexuelle Paare sollten Kinder adoptieren können.

Aus der «Forteresse» in die Ehe

C. W. · Der irakische Asylbewerber, der 2009 durch den Film über das Empfangszentrum Vallorbe («La Forteresse») bekannt geworden war, hat nach mehrjähriger Suche eine Heimat gefunden. Die Schweizer Behörden hatten den Mann 2007 nach Schweden zurückgeschickt, wo er sich vorher aufgehalten hatte. Nachdem sein Asylgesuch dort abgelehnt worden war, wandte er sich erneut an die Schweiz, wurde aber im Frühjahr 2009 wieder nach Schweden überstellt. Dort scheiterte er auch im Rekursverfahren. Darauf reiste er erneut durch Europa, um in Dezember in Lausanne seine schweizerische Geliebte zu heiraten. Dadurch erhielt er ein Aufenthaltsrecht. Der Filmregisseur Fernand Melgar hat dies erst kürzlich mitgeteilt. Amnesty International Schweiz bestätigt die Informationen, namentlich auch die «Echtheit» der Ehe.

Risiken des Agrarfreihandels

Unterschiede innerhalb der Nahrungsmittelbranche

hof. · Der Absicht des Bundesrates, den Agrarfreihandel zu fördern, bläst zurzeit ein starker Wind entgegen. Vor ein paar Wochen sprach sich der Nationalrat für den Abbruch der Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU aus. Nun wollten Economie-suisse, Migros, Nestlé Schweiz sowie die Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz wissen, wie die hiesige Nahrungsmittelbranche über ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation denkt. Forscher der ETH Zürich und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur gingen der Frage nach.

Die Studie kommt zum Schluss, dass bei einer Öffnung der Märkte ein verlässlicher Zeitplan mit gewissen Übergangsfristen ideal wäre, damit sich die vom Strukturwandel betroffenen Unternehmen an die neue Situation anpassen können. In diesem Fall würden grössere Chancen bestehen, «dass die negativen Auswirkungen klein bleiben und neue wettbewerbsfähige Bereiche in-

nerhalb der Nahrungsmittelindustrie aufgebaut werden können», schreiben die Autoren.

Aus der Studie geht klar hervor, dass die Nahrungsmittelbranche sehr heterogen ist. Chancen und Risiken des Agrarfreihandels werden deshalb unterschiedlich eingeschätzt. Während Unternehmen, die bereits exportefähig sind oder auf wenige Produkte spezialisiert sind, einer Öffnung eher positiv gegenüberstehen, sind Firmen, die sich auf den Binnenmarkt konzentrieren, skeptisch eingestellt. Kontrovers wird auch die Arbeitsplatzentwicklung eingeschätzt. Mittel- bis langfristig wird bei einer Marktöffnung mit einer steigenden Beschäftigung gerechnet, kurzfristig könne «der Arbeitsplatzabbau die Neuschaffung von Arbeitsplätzen» aber übersteigen. Kämme sowohl ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU als auch eines innerhalb der Welthandelsorganisation zustande, nehmen die Studienverfasser an, dass die durchschnittlichen Nahrungsmittelpreise bis zu 10 Prozent zurückgingen.